

POSITIONSPAPIER

Market-Pull-Instrumente für die Chemie

Eine Endproduktabgabe für den klimaneutralen Umbau der Chemieindustrie

Leitmärkte sind ein zentrales Instrument, um das sogenannte „Green Premium“ – also die temporär höheren Kosten klimafreundlicher Produkte – zu überbrücken. Leitmärkte schaffen eine gesicherte erste Nachfrage und können dadurch einen Market-Pull-Effekt entfalten. Die abgesicherte grüne Nachfrage ermöglicht Investitionen in grüne Produktion. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat in seinem Konzeptpapier „Leitmärkte für klimafreundliche Grundstoffe“¹ erste Vorschläge für die energieintensiven Branchen vorgelegt. Während für Sektoren wie Stahl und Zement bereits große Fortschritte erzielt wurden, etwa durch die Entwicklung von Produktlabels, sind die Fragestellungen für die Chemieindustrie deutlich komplexer.

Infolgedessen bedarf es für ein tragfähiges Leitmarkt-Instrument für die Chemiebranche eines Ansatzes, der diese Besonderheiten berücksichtigt. Dieses Papier erläutert einleitend die spezifische Ausgangslage für den Chemiesektor und entwickelt davon ausgehend einen Vorschlag für ein Leitmarkt-Konzept, das durch seine Ausgestaltung heimische Industrieunternehmen auch in der Anfangsphase grüner Investitionen stärken könnte. Das Konzept lehnt sich an vergleichbaren Vorschlägen an und nimmt bereits erste Anregungen und Rückmeldungen aus der Branche auf. Die Bundesregierung sollte die Entwicklung eines für die Chemiebranche tragfähigen und die Transformation unterstützenden Leitmarkt-Konzeptes zu einer zentralen Säule in der angekündigten Chemieagenda 2045 machen.

Herausforderungen grüner Leitmärkte für die Chemie:

1) Komplexe Wertschöpfungsketten

Die chemische Produktpalette ist sehr breit, in mehr als 95 % aller hergestellten Endprodukte aus allen Sektoren stecken heute chemische Komponenten.² Aus 10 energieintensiven Grundstoffen entstehen über 70.000 gehandelte Chemikalien.³ Deshalb spricht die Industrie selbst lieber von „**Wertschöpfungsnetzen**“ statt „-ketten“.

Aufgrund der hohen Komplexität schlug das BMWK vor, zunächst Definitionen für klimafreundliches Ammoniak und Ethylen zu entwickeln. Diese wurden gezielt gewählt, da sie im Zentrum zahlreicher industrieller Wertschöpfungsnetze stehen und damit eine zentrale Rolle für die Umstellung auf emissionsärmere Produktionsrouten und den Einsatz klimafreundlicher Rohstoffe und Energieträger spielen.

¹ Konzeptpapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, 2024, „[Leitmärkte für klimafreundliche Grundstoffe](#)“.

² Science Based Targets Initiative, 2023, [Chemicals industry: Catalyzing transformation to net-zero](#) (letzter Aufruf: 21. August 2025).

³ U.S. Department of Energy, 2024, [Chemicals Value Chain Decarbonization: Integrated Solutions for a Complex Challenge](#) (letzter Aufruf: 21. August 2025).

Es stellt sich aber die Frage, wie die konkrete Ausgestaltung handhabbar gelingen soll. Selbst bei der Beschränkung von Labels auf vorerst nur zwei Grundstoffe, müssten zahlreiche Endprodukte ebenfalls gekennzeichnet werden. Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) sieht das vorgelegte Konzept des BMWK deshalb äußerst kritisch. In seiner Stellungnahme dazu heißt es: „Aus Sicht des VCI sind grüne Leitmärkte nicht geeignet, die klimafreundliche Transformation in der Breite zu fördern.“⁴

Die Industrieinitiative *Together for Sustainability*⁵ wählt daher einen Ansatz, der nicht die Grundstoffe, sondern einzelne Endprodukte fokussiert und dafür Methoden zur Berechnung von Product Carbon Footprints (PCF) entwickelt. BASF⁶ hat die PCF-Berechnung so weit automatisiert, dass dieser für alle 45.000 Verkaufsprodukte vorliegt, auch Wacker⁷ und LANXESS⁸ bieten inzwischen für alle Produkte einen PCF an. Noch spielen sie aber in der Vermarktung nur für einzelne Nischenprodukte eine entscheidende Rolle. Das bisher ungelöste Problem bei der Übertragung von PCFs auf Label für klimaneutrale Grundstoffe: Der angesetzte Bilanzrahmen ist ausschließlich Cradle-to-Gate, das heißt End-of-Life-Emissionen bleiben unberücksichtigt. In der chemischen Industrie fallen jedoch rund 50 % der Emissionen erst am Lebensende an, meist durch Verbrennungsprozesse.⁹ Damit sind sie als transparente Labels für klimaneutrale Grundstoffe noch nicht ausreichend.

2) Vor allem private Nachfrage für chemische Produkte

Aber nicht nur die komplexen Wertschöpfungsnetze der Chemiebranche sind eine große Herausforderung für die Etablierung grüner Leitmärkte. Auch ist es für die chemischen Güter deutlich herausfordernder die gezielte Nachfrage zu erzeugen. Während Stahl und Zement zu relevanten Teilen für Beschaffungen aus der öffentlichen Hand (bspw. für den Bau von Infrastruktur) nachgefragt werden, ist der Markt für chemische Erzeugnisse vor allem ein privater.

In der deutschen chemischen Industrie werden etwa 30 % der Produkte direkt an Endverbraucher:innen verkauft, während zwei Drittel als Vorprodukte in anderen Industrien weiterverarbeitet werden.¹⁰ Die öffentliche Nachfrage nach chemischen Produkten, beispielsweise durch staatliche Einrichtungen oder öffentliche Aufträge, wird in den verfügbaren Statistiken nicht separat ausgewiesen. Es ist jedoch anzunehmen, dass ihr Anteil im Vergleich zur industriellen Nachfrage gering ist. Wichtige Abnehmer sind Kunststoffverarbeiter, Maschinenbau, Auto-, Verpackungs-, Bauindustrie und Textilwirtschaft. Der restliche Anteil geht an Dienstleister bzw. in die gewerbliche Nutzung.¹¹

Einige Unternehmen der Branche positionieren sich dennoch positiv zu den Chancen der öffentlichen Beschaffung als Hebel und Finanzierung für die Dekarbonisierung. So weist der Kunststoffrohrverband darauf hin, dass der benötigte Kunststoff für Rohre im Bausektor gut aus Sekundärmaterial herstellbar ist.¹² Frosch – bekannt für umweltfreundliche Haushaltsmittel, die auch von der öffentlichen Hand nachgefragt werden – erfüllt bereits Kriterien, die öffentliche Auftraggeber zunehmend fordern: natürliche Inhaltsstoffe, Verzicht auf schädliche Chemikalien, recycelte Verpackungen.

⁴ VCI-Stellungnahme zum Konzept des BMWK „Leitmärkte für klimafreundliche Grundstoffe“, Verband der Chemischen Industrie e.V., 22.10.2024.

⁵ [Together for Sustainability Initiative](#) (letzter Aufruf: 24. September 2025).

⁶ [BASF Methodology for Product Carbon Footprint Calculation](#), BASF, 2022, (letzter Aufruf: 24. September 2025).

⁷ [WACKER makes carbon footprints available for its product range](#), WACKER, 2025, (letzter Aufruf: 24. September 2025).

⁸ [Was kann die „Product Carbon Footprint Engine“? - Virtual Days 2023 Recap](#), LANXESS, 2023, (letzter Aufruf: 24. September 2025).

⁹ Agora Industrie und Carbon Minds, 2023, [Chemie im Wandel](#) (letzter Aufruf: 21. August 2025).

¹⁰ VCI, 2020, [Auf einen Blick: Chemische Industrie 2020](#) (letzter Aufruf: 21. August 2025).

¹¹ BMW, 2021, [Chemie und Pharmazie: Branchenskizze](#) (letzter Aufruf: 21. August 2025).

¹² Kunststoffrohrverband, 2024, [Grüne Leitmärkte: Stakeholderprozess für klimafreundliche Grundstoffe konsequent fortführen](#) (letzter Aufruf: 21. August 2025).

Für die Unternehmen, für die die öffentliche Nachfrage eine relevante Rolle spielen kann, wird es wichtig sein, die richtigen regulatorischen Rahmenbedingungen zu setzen. Auf EU-Ebene werden dafür in nächster Zeit mehrere Regularien relevant – etwa die Überarbeitung der *End-of-Life Vehicle Directive*, die *Public Procurement Directive* oder der von der EU-Kommission vorgelegte *Chemicals Industry Action Plan*. Auch mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität bieten sich neue Chancen, um bspw. die benötigten Mittel für eine klimaneutrale und zirkuläre Beschaffung auf allen Governance-Ebenen bereitzustellen. Dafür muss die Vergabe aber auch auf Bundesebene transformiert werden, öffentliche Ausgaben müssen an Bedingungen der klimaneutralen und kreislauffähigen Produktion geknüpft werden. Eine Neuauflage der AWW Klima¹³ kann dafür Impulse setzen. Die öffentliche Hand muss als Ankereinkäuferin für klimafreundliche Grundstoffe auftreten, dafür muss eine Verordnungsermächtigung für den Bund geschaffen werden und die Verordnung mit vergaberechtlichen Vorgaben zur Beschaffung von klimafreundlichen Produkten möglichst bald aufgesetzt werden

Ein Lösungsansatz für private Märkte: Investitionsfonds für die Chemie

Ziel dieses Papiers ist es, Chancen von Market-Pull-Instrumenten für eine wettbewerbsfähige klimaneutrale Chemieindustrie in Deutschland zu identifizieren. Dabei sollen die obengenannten Herausforderungen mitgedacht werden.

Klar ist, dass die in Deutschland hergestellten chemischen Produkte nach einer Umstellung auf eine klimaneutrale Produktion *kurzfristig* deutlich teurer werden als auf der fossilen Route hergestellte. Das ist insbesondere für die Grundstoffindustrie herausfordernd, denn sie agiert auf globalen Märkten. Deutschland bietet als Industriestandort zahlreiche Vorteile, sieht sich jedoch heute und auch langfristig mit höheren Energiepreisen konfrontiert als viele andere Länder. Auch bei der Herstellung grüner Produkte werden die Energiekosten im Ausland voraussichtlich dauerhaft niedriger bleiben. Dennoch sprechen andere Standortfaktoren klar für Deutschland. Aus Gründen der Resilienz, zur Sicherung der wirtschaftlichen Stärke und zur Erhaltung guter Arbeitsplätze bestehen starke gesellschaftliche Interessen, zentrale Teile der Industrie im Land zu halten.

Dafür muss das Gesamtpaket der Rahmenbedingungen dauerhaft wettbewerbsfähige Produktion am Standort Deutschland ermöglichen. In der letzten Legislatur wurden die Klimaschutzverträge als zentrales Förderinstrument zur Transformation der energieintensiven Industrie eingeführt. Ihr Finanzvolumen ist aber begrenzt, solange die Finanzierung dafür aus dem Haushalt bzw. den CO₂-Einnahmen kommt. Um die chemische Industrie zu unterstützen, priorisiert die neue Bundesregierung aktuell vor allem Maßnahmen zur kurzfristigen Senkung der Energiepreise und betont die Wichtigkeit von Technologieoffenheit und Bürokratieabbau. Kurzfristig können diese Maßnahmen tatsächlich eine gewisse Entlastung verschaffen. Für einen zukunftsfähigen Umbau am Standort Deutschland sind aber ein starker politischer Rahmen und eine verlässliche Finanzierung notwendig, die Planungs- und damit Investitionssicherheit schaffen.

Deshalb muss neben einer gesteigerten öffentlichen Nachfrage auch Nachfrage aus privaten Märkten geschaffen werden, um Investitionen in die Umstellung auf klimafreundliche Produktion zu ermöglichen. Eine Möglichkeit ist dabei, die in privaten Märkten generierten Mittel gesammelt an die Produzenten klimafreundlicher Materialien oder Produkte zurückzuführen. Erste Ideen dazu liegen bereits auf dem Tisch – etwa der von Karsten Neuhoff (DIW) vorgeschlagene *Clean-Economy-Beitrag*¹⁴ oder das Modell des

¹³ Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Berücksichtigung von Klimaaspekten in der Beschaffung.

¹⁴ Neuhoff, K. et al., 2025, [Grundstoffindustrie braucht wirksamen Ausgleich von international unterschiedlichen CO₂-Kosten](#)

VCTF (*Value Chain Transition Fund*)¹⁵. Während der *Clean-Economy-Beitrag* auf die **Grundstoffe** direkt erhoben werden soll, sieht der VCTF eine geringe Abgabe auf CO₂-intensive Grundmaterialien in **Endprodukten** vor. In beiden Fällen sollen aus dem eingesammelten privaten Geld Investitionen in transformative Technologien finanziert werden. Wir wollen uns im Weiteren auf den Vorschlag einer Abgabe auf die Endprodukte konzentrieren, für die wir Vorteile hinsichtlich Realisierbarkeit und Kostenverteilung sehen.

Realisierbarkeit: Schon heute gibt es Beispiele im Bereich der Erweiterten Herstellerverantwortung (EPR), die zeigen, dass eine Endproduktabgabe, die in einen Fonds fließt und dort dann nur zweckgebunden verwendet werden darf, rechtlich möglich und praktisch implementierbar ist. **Ziel des Fonds müsste es sein, mit den Einnahmen die Kosten für die Umstellung auf klimaneutrale Produkte zu decken.** Angesichts der konkreten Herausforderungen für den Industriestandort Deutschland und die Chemieindustrie im Besonderen sind entsprechende Vorschläge heute ggf. eher politisch zustimmungsfähig und durchsetzbar als noch vor einigen Jahren. Durch die Speisung des Fonds aus privaten Geldern stellt er zusätzlich eine verlässlichere Finanzierungsquelle für Transformationspolitik dar als Haushaltsgelder.

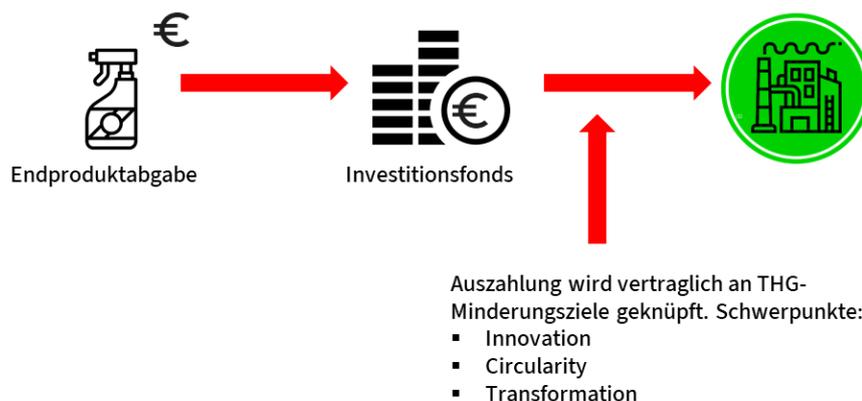


Abbildung 1: Schematischer Aufbau und Organisation des Investitionsfonds (eigene Darstellung).

Kostenverteilung: Die Defossilisierung von Chemieprodukten hätte nur geringe Auswirkungen auf die Endverbraucherpreise – aber spürbare Auswirkungen auf die Kosten der eingesetzten Grundstoffe. Das zeigt ein Report der Energy Transitions Commission (ETC) – eine Vereinigung von Energieerzeugern, energieintensiven Industrien, Technologieanbietern, Finanzakteuren und Umwelt-NGOs. Sie zeigen am Beispiel einer Plastikflasche: selbst wenn die Kosten der Dekarbonisierung vollständig entlang der Lieferkette weitergegeben würden, läge der maximale Preisaufschlag bei einer Plastikflasche im Wert von 2 US-Dollar bei weniger als 1 %, also unter zwei Cent.¹⁶

Die Einnahmen würden es ermöglichen, für mehr Unternehmen und Standorte in Deutschland und der EU eine langfristige Finanzierungsperspektive der Mehrkosten grüner Produktion zu schaffen und so Investitionen in neue Produktionsanlagen anzustoßen.

¹⁵ Emanuelsson, A. et al., 2025, [Financing high-cost measures for deep emission cuts in the basic materials industry – proposal for a value chain transition fund](#).

¹⁶ Energy Transitions Commission, 2019, [Mission Possible. Sectoral Focus: Plastics](#), S. 31



Abbildung 2: Vor- und Nachteile eines aus Endproduktabgaben gespeisten Investitionsfonds (eigene Darstellung).

Dieses Geld könnte gezielt in einen Fonds zur Transformation der Chemieindustrie fließen – dessen Auszahlung nach klaren Schwerpunkten ausgerichtet wird:

- Innovation: Förderung von Forschung, Entwicklung und Markthochlauf nachhaltiger Technologien,
- Circularity: Aufbau der Infrastruktur für Kreislaufwirtschaft,
- Umbau: Investitionen in die Elektrifizierung (z. B. von Dampferzeugung oder Crackern) und die Defossilisierung der Rohstoffe, insbesondere durch den Einsatz erneuerbarer Feedstocks.

Um Wirkung zu entfalten, darf dieser Fonds nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, sondern sollte gezielt vielversprechende Leuchtturmprojekte nach dem Modell der Klimaschutzverträge (KSV) fördern. Auch die Förderlogik der KSV könnte als Vorbild dienen. Chemieunternehmen weisen immer wieder darauf hin, dass die hohen Betriebskosten ein zentraler Faktor gegen Investitionsentscheidungen in eine grüne Produktion sind. Besonders die Umstellung des Feedstocks von fossilem Naphtha auf erneuerbare Kohlenstoffquellen – etwa aus Recycling, Biomasse oder CO₂ – verursacht, solange noch keine etablierten Märkte existieren, erhebliche Mehrkosten. Eine zeitlich befristete Förderung dieser Kostendifferenz, bis der Break-even-Point erreicht ist, könnte Produktionsumstellungen anreizen und zugleich die Märkte für diese Rohstoffe aufbauen. Um das Geld möglichst effizient einzusetzen, müssen dabei vertraglich THG-Minderungsziele festgesetzt werden, nur bei einer richtigen Konditionalisierung der Förderung können Klimaschutzziele erreicht werden. Für die praktische Handhabbarkeit in den Unternehmen und im Sinne einer möglichst bürokratiearmen Lösung, könnten sich die Auszahlungsbedingungen an bereits bestehenden Konditionalisierungen orientieren, wie etwa die ökologischen Gegenleistungen, die für die Strompreiskompensation oder im CISAF gefordert werden.

Fazit

Für die klimaneutrale Transformation der Chemieindustrie bleibt die Frage nach einem wirksamen Market-Pull für grüne Produkte das zentrale Fragezeichen in der aktuellen Debatte. Vor diesem Hintergrund versteht sich der vorgeschlagene Investitionsfonds als konstruktiver Beitrag, dessen konkrete Ausgestaltung im Dialog mit einer breiten Stakeholderlandschaft erarbeitet werden muss. Dabei gilt es, sowohl technische und politische Herausforderungen zu berücksichtigen als auch alternative Instrumentenvorschläge zu prüfen, die möglicherweise besser geeignet sind, über privates Kapital Investitionen in die Klimaneutralität der Chemieindustrie zu stimulieren und langfristig abzusichern.

Autorin: Johanna Wiechen

Redaktion: Nikola Klein

Zitiervorschlag: Wiechen, J., 2025, Market-Pull-Instrumente für die Chemie. Eine Endproduktabgabe für den klimaneutralen Umbau der Chemieindustrie, www.germanwatch.org/de/93273.

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: www.germanwatch.org/de/93273

September 2025

Sofern keine anderen Copyright-Hinweise vorliegen, stehen Abbildungen dieser Publikation unter der Lizenz [CC BY-NC-ND 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/). Der Urhebervermerk lautet bei Weiterverwendung: Germanwatch e.V. 2025 | CC BY-NC-ND 4.0.

Herausgeber: Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Internet: www.germanwatch.org

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Tel. +49 (0)30 / 5771 328-0, Fax -11

E-Mail: info@germanwatch.org
